

## Blauäugig und realitätsfern

Neu soll allen Asylsuchenden ein Anspruch auf unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung eingeräumt werden. Sich davon eine Verfahrensbeschleunigung zu versprechen, ist reichlich blauäugig und realitätsfern. Ausserhalb des Testzentrums werden die neuen «Gratisanwälte» rasch eine weitere Verschleppung und Verteuerung der Asylverfahren bewirken. Zugleich werden damit alle

Schweizerinnen und Schweizer diskriminiert: In keinem anderen Verfahren, geschweige denn in einem reinen Verwaltungsverfahren, gibt es bedingungslose Ansprüche auf «Gratisanwälte».

Statt der verantwortungslosen Willkommenskultur nachzueifern und unsere Willkommensinfrastruktur weiter auszubauen, sollte der Bundesrat den illegalen Zustrom von Wirtschaftsmigranten endlich eindämmen. Dann bleiben genügend Mittel frei, um echte Flüchtlinge – Menschen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind – zu unterstützen, vorzugsweise in deren Heimatländern. Für mich gibt es deshalb nur ein Nein bei der Asylgesetzrevision.  
**Pascal Schmid**  
Bahnhofstr., 8570 Weinfelden